

Der Halle Vierteljährlich bei nachgelagerter Postung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., einsch. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Der unterzeichnete eingehende Eintritte sind keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Quittungsbogen. Halle-Druckerei.

Herausgeber der Redaktion Nr. 118; Verlagsanstalt Halle Nr. 113.

Saale-Beitung

Dienstagabgabe Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder beim Raum mit 30 Wp., welche aus Halle mit 20 Wp. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 68, 1 sowie von unseren Annahmestellen und allen Kammern-Expeditionen angenommen. Bestellen die Seite 75 Wp. für Halle und umhüllt 1 Wp.

Erhalten täglich zweimal, Sonntag und Feiertage einmal.

Redaktion und Haupt-Verlagsstelle: Halle, Gr. Sandbühlstraße 17; Reichsdruckerei, Markt 24. Anzeigen-Verlagsstelle: Gr. Ulrichstraße 68, 1; Telephon Nr. 591 u. 178.

Ein berechtigter Wunschzettel der Eisenbahnbeamten.

Infer Landtagsabgeordneter Herr Delius hat, wie schon aus dem Parlamentsbericht dieser Zeitung ersichtlich gewesen, in der 48. Sitzung des Preussischen Abgeordnetenhauses am 14. April Gelegenheit genommen, namens der Eisenbahnbeamten eine Reihe von Wünschen vorzubringen, auf die der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr von Breitenbach, leider nicht so reagiert hat, wie es die innere Berechtigung der von unserem Abgeordneten ruhig und sachgemäß vorgebrachten Wünsche verdient hätte.

In Leipzig besteht ein freilichtiger Verein, der sich lediglich der Fortschrittlichen Parteizwecke angeschlossen hat. Derselbe Verein ist eine ganze Anzahl von Eisenbahnbeamten als Mitglieder beigetreten. Der Oberbahnpostvorsteher Lewin in Wahren hat daran Anstoß genommen und durch eine Verfügung diesen Eisenbahnbeamten die Teilnahme an den freilichtigen Versammlungen verboten. (Hört, hört bei der Fortschritt. Volksp.) Es ist uns ein Schreiben eines Eisenbahnbeamten zugegangen, in dem dieser sagt, daß er zu seinem größten Bedauern unsern Versammlungen nicht mehr beiwohnen könne, daß er aber unsere Bestrebungen nach wie vor sehr gern unterstützen wolle.

Der Vorsitzende des freilichtigen Vereins in Leipzig hat daraufhin selbstverständlich sofortige Beschwerde beim Herrn Eisenbahnminister eingelegt; der Herr Eisenbahnminister hat diese Beschwerde an die Königlich Eisenbahndirektion in Halle gegeben, und die Königlich Eisenbahndirektion in Halle entschied, daß diese Verfügung des Herrn Oberbahnpostvorstehers ungesetzlich sei, daß keine Veranlassung vorliege, den Beamten den Besuch der freilichtigen Versammlungen in Leipzig zu verbieten. Es ist dem Herrn Oberbahnpostvorsteher eröffnet worden, daß er sein Verbot zurückzunehmen habe, bis vor wenigen Wochen hatte aber der Herr Oberbahnpostvorsteher sein Verbot nicht zurückgenommen.

Meine Herren, esfreulicherweise ist der Herr Eisenbahnminister befreit gewesen, den Betrieb fortgesetzt zu ermöglichen. Er hat es dahin gebracht, daß eine große Zahl von Arbeitern, die früher von höheren Beamten ausgeführt wurden, jetzt von mittleren Beamten ausgeführt werden, und solche Arbeiten, die den mittleren Beamten zugeeignet waren, auf die Unterbeamten übergegangen sind. Er hat aber dabei einen gewissen Widerstand bei den höheren Beamten gefunden. Beispielsweise hat der Herr Eisenbahnminister verfügt, daß auch die Betriebsinspektoren künftig mittlere Beamte ernannt werden sollen.

Sie wünschen ihre Gleichstellung mit den veredigten Landmännern im Gehalt und Rang. Es ist mir eine Klage seitens der technischen Sekretäre zugegangen, worin gesagt wird, daß die gegenwärtigen Anstellungsverhältnisse sich durchaus ungünstig gestaltet haben.

reits 39 Jahre alt sind und noch keine ersatzmäßige Anstellung erhalten haben. In Stelle dieser technischen Diätäre hat jetzt die Eisenbahnverwaltung Hilfsbeamte in die technischen Beamtentellen ohne jedes Examen befördert. Die technischen Diätäre, die also zunächst Aussicht hatten, zu technischen Eisenbahnbeamten befördert zu werden, fühlen sich dadurch sehr benachteiligt, um so mehr, als sie schon in höherem Alter stehen. Diese Herren sagen sich, wenn man Hilfsbeamte jetzt zu technischen Sekretären befördert hat, dann müßte es doch einmahl nachgelagender gewesen, wenn man die technischen Betriebssekretäre, die 30 Jahre und mehr bei der Eisenbahnverwaltung stehen, zunächst auch ohne Examen in die technischen Eisenbahnschreiberstellen befördert hätte. Meine Herren, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die technischen Betriebssekretäre, die bisher schon Arbeitsratener erster Klasse bearbeitet haben — in den allerletzten Jahren ist ihnen allerdings ein Teil der Arbeiten abgenommen worden — aber es ist mir verheißt worden, daß sie auch heute noch solche Arbeiten erster Klasse leisten, die sonst von technischen Eisenbahnschreibern bearbeitet werden. Daher wird man diesen Leuten auch die Beförderungsmöglichkeit gewähren müssen. Die technischen Sekretäre meinen dann ferner, daß ihre Amtsbezeichnung nicht mehr zutreffend sei. Man muß ich gestehen, daß ich persönlich auf herabgesetzte Titel keinen Wert lege, sondern vielmehr auf die Beförderung. Doch lassen sich ja die Wünsche dieser Richtung leicht erfüllen. Die Herren meinen, der Titel Eisenbahningenieur würde ihrer Stellung mehr entsprechen. Da ist nun früher von der Eisenbahnverwaltung angeführt, daß der Verein Deutscher Ingenieure dagegen Stellung genommen hätte. Mir liegt hier eine

Ausfertigung des Vereins Deutscher Ingenieure vor, die ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten kurz wiederen werde:

Die Richtigkeit dieses Titels und die Berechtigung, denselben zu führen, hat nachdrücklich der besonders neuermählte Ausschuß des Vereins Deutscher Ingenieure, der aus Vertretern der technischen Hochschulen und Mittelschulen und der Industrie zusammengesetzt ist, anerkannt; auch hat er festgelegt, daß nicht allein derjenige zur Führung dieses Titels berechtigt sei, der eine gewisse Hochschule nachweisen könne, sondern daß die Führung dieses Titels jedem zugehören würde, der eine Ingenieurtaetigkeit ausübe, ganz gleich, woher der Betreffende das hierzu erforderliche Wissen habe; die Saupflichte sei, daß es habe.

Nun, m. H., seitens der Eisenbahndirektionen, soweit sie aus den Betriebsstellen hervorgehen sollen, ist mir eine umfangreiche Denkschrift zugegangen; sie ist mir aber so spät zugeföhrt, daß ich leider nicht in der Lage war, auf Einzelheiten in der Denkschrift einzugehen. Ich möchte den Herrn Minister bitten, diese Wünsche wohlwollend zu prüfen.

Eine Kategorie, die im letzten Jahre stark vermehrt wurde, das ist die Klasse der Bahnhofsleiter. Ich weiß nicht, ob es im finanziellen Interesse liegt, wenn man auch weiterhin eine starke Stellenerhebung vornimmt. Diese Frage lasse ich dahingestellt. Ich meine aber, daß sich unter diesen Bahnhofsleitern eine Klasse befindet, die ganz besonders der Berücksichtigung wert ist; das sind diejenigen Herren, die seinerzeit in Ermangelung von Militärärzten für den mittleren Eisenbahndienst und für den Aufseherdienst angenommen wurden. Diese Herren sind seinerzeit zu den gleichen Bedingungen eingestellt worden wie die Militärärzte. Im Jahre 1895 trat jedoch für sie eine Verfallsicherung ein, weil den Supernumeraren, die für den Zivildienst, speziell für den Aufseherdienst angenommen waren, auch die Berechtigung zu den Beförderungstellen des Bahnhofsdienstes zuerkannt wurde. Eine weitere Verfallsicherung ihrer Beförderungserwartung trat 1899 ein, wo eine gründliche Umgestaltung der Personalverhältnisse bei der Eisenbahn stattfand. Die Herren meinen nun, sie seien früher mit den Militärärzten gleich befördert worden, und jetzt sei ihnen die Möglichkeit genommen, überhaupt in eine Beförderungsstelle, also in die Stelle eines Oberbahnpostvorstehers, Obergütervorstehers usw. zu gelangen, weil zunächst die Zivilsupernumerare befördert werden und daneben die Militärärzte; nun seien ja die Beförderungserwartungen auch für die Zivilsupernumerare in der Tat nicht günstig; denn sie müßten jetzt auch 8 bis 10 Jahre auf eine Beförderungsstelle warten, dagegen wären die Verhältnisse doch viel schlechter für diejenigen Beamten, die damals lediglich angenommen seien, weil keine Militärärzte für die betreffenden Stellen vorhanden waren. Die Beamten befinden sich also schon in einem Dienstalter von 25 bis 30 und noch mehr Jahren. Ich meine, daß der Wunsch, auch einmal in eine Beförderungsstelle zu kommen, durchaus berechtigt ist. Vielleicht nimmt sich der Herr Minister auch dieser Beamtentatsache an. Meine Herren,

die Eisenbahnassistenten wünschen letztendlich die Gleichstellung mit den Reichseisenbahnassistenten. Darauf darf ich nun aber nicht eingehen; meine Fraktion wird sich vorbehalten, bei Beratung der Resolution diesen Wunsch zur Geltung zu bringen. (Sehr richtig!) Mir meinen, daß dieser Wunsch durchaus berechtigt ist. Meine Herren, zu den Eisenbahnassistenten gehören auch die technischen Eisenbahnassistenten. Die Herren wünschen,

daß ihre diätarische Dienstzeit anderweitig geregelt wird. Eine ganze Anzahl von ihnen hat zwölf und mehr Jahre warten müssen, bevor sie angestellt sind; sie meinen, daß man vielleicht von diesen zwölf Jahren einige Jahre auf ihre Beförderungsdienstalter anrechnen könne, etwa in der Weise, daß fünf Jahre Diätarier und drei Jahre Ausbildung gerechnet werden, also acht Jahre, und wenn man diesen von den zwölf Dienstjahren in Abzug brächte, dann würden ihnen noch vier Jahre auf das Beförderungsdienstalter anzurechnen sein. Was die Eisenbahnschreiberstellen anlangt, so ist dies ja eine aussterbende Klasse; sie hat sich wiederholt der Kürzung dieses hohen Salaries erwehren dürfen, und ich meine, man hätte auch diese Klasse bei der Gehaltsverhöhung besser bedenken können, ähnlich wie man die Eisenbahnbetriebssekretäre berücksichtigt hat, die ja ebenfalls demnach aussterben werden. Die Herren sagen: wir machen gegen denselben Dienst wie die Herren, die seit 1896 ohne jede Prüfung zum Eisenbahnassistenten befördert sind. Sie sagen sich ferner, daß sie mit Unrecht in den Unterbeamten gegestigt werden. Früher hat die Regierung einen anderen Standpunkt eingenommen. Schon im Jahre 1888 erklärte die Regierung: es wird von der Regierung anerkannt, daß die Telegraphisten nicht schikantweg zu den Unterbeamten zu zählen sind. Wenn also dagegen polemisiert wird, daß

die Telegraphisten den Unterbeamten gleichgestellt würden, so trifft das nicht zu. Die Regierung hat wirklich in Erwägung gezogen, ob nicht entsprechend den Bestimmungen über die Reise- und Umzugskosten auch bezüglich der Wohnungszuschüsse eine solche Mittelstufe eingeführt werden kann.

Gerade den letzten Satz möchte ich dem Herrn Eisenbahnminister auch für andere Kategorien zur Berücksichtigung empfehlen. Vielleicht ist es sich, 1911 — also in diesem Jahre noch — bei der Regelung des Wohnungszuschusses, auf diese Wünsche einzugehen.

Eine andere Kategorie, die sich über besonders ungünstige Anstellungsverhältnisse beklagt, sind die Verkehrsführer. 3. B. wird mir mitgeteilt, daß in Opladen in der dortigen Maschinenwerkstätte gegenwärtig 50 Verkehrsführer beschäftigt sind, von denen nur achtzehn ersatzmäßig angestellt sind; die übrigen 32 Verkehrsführer müssen natürlich auch den Dienst der ersatzmäßig angestellten Verkehrsführer verrichten, und sie sind schon jetzt und noch mehr Jahre bei der Eisenbahnverwaltung beschäftigt und lauern schon lange auf eine ersatzmäßige Anstellung.

Bei der Festsetzung der Gehaltsverhältnisse der Wagenmeister

ist eine große Anzahl von Unbilligkeiten vorgekommen, auf die ich natürlich nicht eingehen darf, weil die Mehrheit des Hauses das nicht zugehen hat. Ich meine aber, einen krassen Fall wird man mir doch anführen getatten. 3. B. werden viele Wagenmeister, die für den äußeren technischen Aufsichtsdienst untauglich sind, sei es wegen ungenügenden Hör- oder Sehevermögens, sei es wegen älterer Unfälle oder wegen Kränklichkeit, vom Wagenmeisterdienst entbunden und im Verkehrsdienst beschäftigt werden. Sie kommen also dadurch, daß sie einen anderen Dienst erhalten, 6 Jahre früher in den Besitz des Säckchens als ihre anderen Kollegen, die sich im Vollbesitz ihrer Gesundheit befinden. Nun meine ich, die Herren, die gerade noch glücklicherweise im Besitz ihrer Gesundheit sind, können doch nicht direkt gegenüber den anderen bestraft werden, indem sie 300 Mark Gehalt weniger bekommen. Eine ganze Anzahl von Beschwerden sind meinen Freunden zugegangen bezüglich der Dienstzeit speziell der Wagenmeister. Die Herren haben zwölfstündigen Dienst, sie haben keine Mittagspause. Sie wünschen, daß ihr Dienst vielleicht auf acht oder neun Stunden reduziert werden möchte. Besonders ist ihnen erwünscht, wenn der Nachdienst, der gegenwärtig zwölf und mehr Stunden beträgt, auf ein etwa tägliches Maß herabgemindert würde.

Genau liegen von dieser Beamtentategorie Wünsche vor bezüglich der Sonntagsruhe.

Es wird mir mitgeteilt, daß diese Klasse nur alle vier bis fünf Wochen einen dienstfreien Sonntag hat. Hier wäre meines Erachtens einzutreten.

Meine Herren, die Stellwerksweichensteller, die jetzt bekanntlich Weichensteller 1. Klasse heißen, haben ebenfalls verschiedene Wünsche vorzubringen. Zunächst ist ihnen die Stellenzulage entzogen worden. Dagegen erhalten Bahnwärter und Weichensteller, die in den Wohnorten beschäftigt sind, je 180 bzw. 120 Mark Stellenzulage. Den Stellwerksweichenstellern ist es nun passiert, daß einige von ihnen keine Gehaltszulage bekommen haben, weil ihnen bei der Gehaltsverhöhung gleichzeitig die Stellenzulage entzogen ist. Dann legen die Herren Wert darauf, daß auch ihre Pensionserwartungen etwas anders geregelt werden, daß man einen Teil ihrer Hilfsbeamtentätigkeit zur Anrechnung bringen, d. h. diese ältere Beamte unter den Stellwerksweichenstellern, denen es jetzt nicht mehr möglich ist, die Prüfung zu den sogenannten Unterassistentenstellen abzulegen. Wie das Reglement lautet, ist dies nur solchen Beamten gestattet, die nicht älter als 44 Jahre sind. Die Herren bitten den Herrn Minister, er möge auch ihnen noch einmal die Möglichkeit

geben, die Prüfung als Unteroffizienten abzugeben. Dieser Wunsch erhebt sich sehr dringend.

Eine Beschwerde ist mit eingegangen seitens der Maschinenwärter der elektrischen Anlagen in Leipzig. Die Herren beklagen sich, daß ein Dienstanfall in Kraft gesetzt ist, der gegen die Anweisungen der Eisenbahndirektion Halle verstoßt. Der eigentliche Eisenbahndienstplan wird nicht ausgeführt, an dessen Stelle tritt ein anderer Dienstplan zum Vorteil der Arbeiter. Die Angaben zum Inhalt natürlich nicht nachprüfen möchte aber bitten, daß der Herr Eisenbahnminister hier einmal nach dem Rechten sehen läßt, weil Beschwerden erfolglos geblieben sind.

Meine Herren, nun gestatten Sie mir auch, daß ich mich der hohen Beihilfsstelle etwas annehme, nämlich der

#### Telegraphistinnen.

Es ist bekannt, daß die Damen schon lange eine Gleichstellung mit ihren Kollegen im Reich wünschen. Hier näher darauf einzugehen, ist jetzt wohl nicht der Zeit. Ich möchte nur betonen, daß die Dienstverhältnisse dieser Beamtinnen mindestens ebenso schwerig sind, wie die der Postgehilfinnen. Nun hat der Herr Eisenbahnminister bezüglich jener Verfügungen, die das pensionsfähige Dienstat der Eisenbahntelegraphisten-Gehilfinnen anderweit festsetzen, erklärt, daß sich die leider nicht mehr ändern lassen. Ich meine aber, wenn der Herr Eisenbahnminister sich mit dem Herrn Finanzminister nochmals in Verbindung setzen wollte, dann würde sich wohl auch hier noch eine erprobte Lösung finden lassen. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß in der Hauptstätte alte Beamtinnen getroffen werden, die 30 und mehr Dienstauf Jahre bei Eisenbahnverwaltung beschäftigt sind, und denen zum Teil 12 bis 15 Jahre von ihrem Belohnungsdiensat gestrichen worden sind.

#### Kategorie der Bahnwärter.

Ist ja viel geschrieben. Wir erkennen das dankbar an, müßen aber geteilt, daß ihre Forderungen nach Regelung des Pensionsalters nicht unbedeutend sind.

Nun komme ich zu den Arbeiterwünschen. Auch die staatliche Arbeiterkammer hat eine Anzahl Wünsche vorgebracht, die ich im einzelnen nicht wiederholen will, denn sie sind schon ausführlich behandelt worden. Wir liegt eine Tabelle vor über die Wohnverhältnisse der Arbeiter des Bezirks Halle a. S. Hier beziehen die Arbeiter, soweit sie Handwerker sind, einen Anfangslohn von 1053 bis 1350 Mk., natürlich erst nach einer Arbeiterdienstzeit von 20 Jahren. Die Betriebsarbeiter dagegen bekommen einen Anfangslohn von 780 bis 906 Mk., und zwar den Höchstlohn nach einer Dienstzeit von 10 bis 20 Jahren, die Kettenarbeiter dagegen 750 Mk. bis 861 Mk. in einem Zeitraum von 4 bis 7 Jahren. Die Zahlen, die ich vorlese, stimmen mit der Lohnstatistik der Staatsregierung nicht überein, und ich meine, die Regierung müßte doch mal die Wohnverhältnisse speziell in Halle besonders nachprüfen. Wir haben einen besonderen Antrag wegen Regelung der Lohnverhältnisse eingebracht und wünschen, daß die übrigen Parteien unserem Antrag zustimmen werden. Beispielsweise ist eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter in Wittenberg um 10 Proz. per Tag eingetreten. Dafür ist ihnen aber der Verlust für die Sonntage gefordert worden, so daß eine Erhöhung in Wirklichkeit nicht stattfindet. Vielleicht kann der Herr Minister diesen Fall einmal nachprüfen.

Bzüglich der Pensionenverhältnisse wünschen wir, daß der Herr Minister schon in diesem Jahre eine Erhöhung der Pensionssätze vornehmen möge und nicht erst vom nächsten Jahre ab, wo die Leistungsfähigkeit der Rasse um 18 Prozent heraufgehoht werden soll. Wir meinen, was im nächsten Jahre geschehen kann, sollte auch schon dieses Jahr möglich sein.

Einige Worte seien mir noch bezüglich der Krankenkasse gestattet. Bekanntlich bekommen die Arbeiter bei der Staatsbahn erst nach drei Tagen Krankengeld aus der Krankenkasse. Sie erhalten also während der ersten drei Tage ihrer Erkrankung kein Erhaltungsgeld. Sie bekommen ihren Lohn nicht fortbezahlt und kriegen auch kein Geld aus der Krankenkasse. Sämtliche übrigen gewerblichen Krankenkassen zahlen aber schon vom ersten Tage an, und ich meine, was dort möglich ist, sollte auch bei der Eisenbahnverwaltung möglich sein.

Ferner verlangen die Arbeiter, daß ihnen endlich die freie Arztwahl

zugestanden wird. Verschiedene Klagen liegen bezüglich des Urlaubs vor. Auf die Klagen im einzelnen eingehen, erhebt sich jetzt nicht an der Zeit. Ich möchte besonders der Herr Eisenbahnminister bitten, auch den sogenannten Oberbauarbeitern den Urlaub zu bewilligen. Es wird gesagt, diese Arbeiter seien in der Hauptstätte in früherer Zeit beschäftigt. Darauf kommt es dem Arbeiter ja doch nicht an. Er will auch nicht später gehen, wenn er Urlaub bekommt, sondern er will seine Familienverhältnisse regeln, entfernte Verwandte besuchen und vor allen Dingen sich ausruhen von der schweren Arbeit. Natürlich verlangen die Herren auch, daß ihnen während des Urlaubs der Lohn fortgezahlt wird. (Sehr richtig! links.)

Was die Arbeiterauschüsse betrifft, so habe ich keine Veranlassung, darauf näher einzugehen, weil mein Fraktionsgenosse Dr. Flesch das Thema ausführlich behandelt hat. Ich will nur den Fall anführen, daß in Halle ein Arbeiterauschuss während des ganzen letzten Jahres niemals einberufen worden ist.

Nun gestatten Sie mir, daß ich zu den

#### technischen Hilfsarbeiten.

nach einige Worte sage. Die technischen Hilfsarbeiter sind bekanntlich in jedem Jahre bei dem hohen Preise vorzüglich geworden. Ich brauche hier nicht darzulegen, aus welchen Kategorien die Hilfsarbeiter sich zusammensetzen; ich will nur anführen, daß sich unter ihnen Leute befinden, die bereits 30 und mehr Dienstjahre bei der Eisenbahnverwaltung abgeleistet haben. Die Herren wünschen nun, daß ihnen irgendeine feste Anstellung geschaffen werde. In der Hauptstätte ist es ihnen darum zu tun, daß ihre Belohnung einheitlich geregelt wird. Der Herr Minister hat nun am 1. Oktober 1909 eine neue Stufenstaffel herausgegeben; dabei verringert sich aber bei den technischen Hilfsarbeiten das Einkommen merklich gegen bisher. Beispielsweise erhalten die Bauassistenten, die bisher monatlich 200 Mark bezogen, in Zukunft nur noch 270 Mark; die technischen Büroassistenten die bisher 750 Mark täglich und ein Gehalt von 225 Mark monatlich bekommen, erhalten jetzt nur noch 200 Mark. Also allenthalben eine Verkleinerung der Bezüge. (Sehr, hörl links.) Von der Königlichen Eisenbahndirektion in Lissa ist mir mitgeteilt, daß 53 technische Hilfsbeamte, die im Bauassistentenverhältnis gestanden haben, zu Baugehilfen und Bauassistenten degradiert worden sind. Aus welchen Gründen das geschehen ist, haben die Herren niemals

erfahren. Sie teilen mir, daß sogar mehrere ihrer Dienstposten gelöscht sich dagegen ausgesprochen haben. Infolge einer Beschwerde, die sie an die Königlichen Eisenbahndirektion richteten, ist ihnen dann der Titel, nicht aber die Besoldung der Bauassistenten wieder verliehen worden. Vielleicht kann der Herr Minister hier einmal Abhilfe eintreten lassen.

Nun, meine Herren, komme ich auf die Wünsche der Beamten bezüglich des Urlaubs. (Zuruf rechts — Glocke des Präsidenten.) Ja, das müssen wir doch jetzt vorbringen. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg) (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Felsch, bei Beginn der Beratungen ist beschlossen worden, daß diejenigen Angelegenheiten der Beamten, die irgendwieweise in Petitionen enthalten sind, hier in der Besprechung nicht vorgebracht werden sollen. (Sehr richtig! rechts.) Ich nehme an, daß zufällig hierzu Beamtenpetitionen nicht vorliegen. (Zuruf rechts.)

Felsch, Abgeordneter (Forstsch. Wolfsh.) (fortfahrend): Die Urlaubsvorfälle sind in den Petitionen nicht behandelt.

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg) (den Redner unterbrechend): Ja, das kann ich im Augenblick nicht feststellen. Sollte dies jedoch in den Petitionen auch zur Sprache kommen, dann würden Sie darüber nicht reden können.

Darius, Abgeordneter (Forstsch. Wolfsh.) (fortfahrend): Bezüglich des Urlaubsverhältnisses verlangen die Staatseisenbahnbeamten

die gleiche Beschäftigung wie die Postbeamten. Beispielsweise erhalten die Beamten bei der Eisenbahnverwaltung bis zum 50. Lebensjahre 14 Tage und nach dem 50. Lebensjahre drei Wochen Urlaub; sie wünschen, daß sie bis zum 65. Lebensjahre drei Wochen und später vier Wochen Urlaub erhalten. Die Unterbeamten in den gleichen Jahren 7 bzw. 14 Tage. Ich meine, dieser Wunsch ist so billig, daß man ihn wohl berücksichtigen könnte.

Um auch der Mehrheit dieses hohen Hauses gerecht zu werden, will ich natürlich auf einige Spezialwünsche jetzt nicht eingehen, muß mir aber vorbehalten, darauf bei einer anderen Gelegenheit zurückzukommen. Einige Wünsche aber habe ich doch noch dem Herrn Eisenbahnminister vorzutragen, weil sie mir sehr wichtig erscheinen.

Es ist sehr erfreulich, daß der Herr Minister den Beamtenverbänden keine Hindernisse in den Weg legt. Selber aber haben wir zu viele solcher Verbände, und es ist wohl angebracht, auch an dieser Stelle den Beamten zuzurufen, daß es ihren Zielen, ihrem Anliegen doch besser entspricht, wenn sie sich nicht in so viel Einzelverbände zerfrachten, sondern sich möglichst in großen Verbänden zusammenschließen. Das ist auch ein Vorteil für die Besoldung und die Allgemeinheit. (Sehr richtig!)

Meine Herren, meine politischen Freunde verlangen ja auch in dem Antrage

die Einführung von Beamtenauschüssen;

darauf gehe ich aber aus taktischen Gründen jetzt nicht weiter ein. Ich bitte denn den Herrn Minister ferner, in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, die Personalisten öffentlich auszulassen. Wir haben dieses Verfahren bereits in Baden, Bayern hat es neulich eingeführt, und es hat nach einem Bericht des bayerischen Verkehrsministers durchaus nicht zu Unzufriedenheiten geführt. Die Beamten würden dem Herrn Minister sehr dankbar sein, wenn er ihnen gestattet, die Personalisten bei geeigneter Gelegenheit einzulassen. Denn sehr oft befinden sich darin ungunstige, ungerechtfertigte Berichte der Vorgesetzten, gegen die der Beamte einfach machtlos ist. (Sehr richtig!) Davon ist die Königliche Staatsregierung, wie mir mitgeteilt wird, dazu übergegangen, sie und da das Leistungsmaß der

Eisenbahnbeamten

zu erhöhen. Wir sind durchaus der Meinung, daß die Beamten, wenn sie sich einmal im Dienste befinden, voll ausgenutzt werden sollen; wir meinen aber nicht, daß das Leistungsmaß noch erhöht werde, wo schon übermäßig viel Dienststunden vorhanden sind. Wir sind ferner mitgeteilt worden, in welchen Zugführer, Schaffner, usw., welche schon reichlich mit Dienststunden besetzt sind, in Zukunft noch mehr befaßt werden sollen. Ich kann die einzelnen Angaben natürlich nicht genau nachprüfen; es wäre mir aber erwünscht, wenn der Herr Eisenbahnminister eine entsprechende Aufklärung geben könnte.

Meine Herren, die

Zahl der Dienstjahrstrafen, die bei der Eisenbahnverwaltung erlassen werden, sind natürlich Legion. Es wird mir mitgeteilt, daß sich die Beamten darin vielfach selbst nicht mehr zurechtfinden oder sie nicht ausführen können. Es müßte doch Sache der Behörden sein, den Dienst zu vereinfachen; denn damit wäre auch dem Publikum der beste Dienst geleistet. Aber das Gegenteil ist der Fall. Ich erlaube mir, dafür zwei Beispiele anzuführen. In der Provinz sind z. B. wieder Rückschärzen und zwar zweifacher Art, eingeführt worden. Der Stationsführer muß bei der Kontrolle dieser Rückschärzen auf der Station bei der einen Seite die Hände abreißen und bei der anderen Seite die Arten durchlaufen. Dadurch entsteht ein Ungeist für das Publikum und eine Erschwerung für den Beamten. Der Herr Eisenbahnminister würde sich auch den Dank des Publikums erwerben können, wenn er generelle Anordnungen, die ja oft auch tief einschneidend für das Publikum sind, mehr in öffentlichen Wätern bekannt machte.

Meine Herren, ich komme nunmehr zum Schluß. Ich habe ja dem Herrn Eisenbahnminister einen reichen Strauß von Bitten überreicht und hoffe und wünsche, daß er bei seiner anerkannt wohlwollenen Stellungnahme den Beamten gegenüber, auch diese Wünsche in wohlwollender Erwägung ziehen wird.

## Deutsches Reich.

### Bismarck über die Frauen.

„Noch nicht veröffentlichte Äußerungen des Fürsten Bismarck über die politischen Verhältnisse in Deutschland, insbesondere einige seiner Anträge Staatsmann höchst charakteristische Äußerungen über die Frage, ob und inwieweit die Beteiligung der deutschen Frauen an den Kämpfen der Tagespolitik wünschenswert sei, teilte der konservativen Politiker und Publizist Wolfgang Graf von Raumburg in einem Vortrag mit, den er am Montag im Konfessionskreise in Raumburg hielt. Der Vortrag wird in Form einer Broschüre (Liberal und Rom-

ernario — ein Kampf um deutsche Ideale in der Politik — Kommissionsverlag von Julius Dornich in Raumburg, Preis 30 Pf.) erscheinen.

Herr Eisenhart berichte in seinem Vortrage, wie wir dem „Meinungsforum“ entnehmen, folgendes: Ich bin in der glücklichen Lage, über die Ansichten des Fürsten Bismarck von der Anteilnahme der Frauen an der Politik eine Anzahl Äußerungen des großen Staatsmannes die zum ersten Male mitteilen zu können, die bisher noch niemals veröffentlicht wurden. Ich verdaue sie der Güte einer Dame, welche bald nach der Verabschiedung des Fürsten mit diesem in einem deutschen Kurorte zusammentraf. Nach den Aufzeichnungen der Dame äußerte sich der Fürst darüber folgendermaßen:

„Was ich gemoten bin, das bin ich durch meine Frau. Ich achte jede Frau, die uns Männer hoch emporgibt, die uns Bestehen und Gatte lehr, uns unsere Ideale erhält und bittmässige Kräfte ins richtige Leben führt. — Was ich Ihnen sage, werden Sie nicht verstehen: Sie sind noch zu jung; aber erinnern Sie sich meiner Worte, wenn ich nicht mehr bin. Ja, wo wir die gebildeten Frauen zur Politik heranziehen, aber wir sind nicht reif genug dazu; wir sind noch in den Kinderstufen.“

„Es wird aber ein Tag kommen, wo die Frauen zur Mitarbeit auferufen werden. — Wir Männer sind alle töpisch; besonders wir Deutschen sind immer die plumpen Bären, auch die Diplomaten. Außerdem käme viel weniger in die Defensivlinie; denn ein kluger Frauennarr kann schmeigern. Er zieht aber auch dem Gegner im Plaudern manch Geheulnis heraus, das er uns Männern nicht preisgibt. So amutig plaudert ein Frauennarr über die schwierigen Sachen, das man aller Eitel nicht merkt, daß man mehr gelangt hat, als man wollte. Denn alle Weibliche ist uns über ein Schläge. Die Frau umschließt gewandt die Klappen und eringt ohne Austausch von Noten, die gewünscht werden können, zwei Parteien. Sie erregt uns zu Männern, und wenn sie's recht versteht, zu deutschem Geite. — Die Falschheit habe ich in der Politik nie gesehen. Vor allem aber müßen wir Deutsche Kräfte werden, wir müßen hinein in unsere Arbeit und in unsere Gradaussetzung. Ein Kind findet sich auch nicht gleich in einem Schlösser steckt.“

Am Abend desselben Tages reiste Fürst Bismarck ab. Unter der zahlreicheren Menschenmenge, die ihm am Bahnhof Lehwitz sagte, erkannte er auch die junge Dame, mit der er am Morgen gesprochen hatte, die ihm zum Abschied einen Rosenkranz überreichte. Da sagte Bismarck zu ihr:

„Wir leben uns hier unten auf dieser Welt nicht wieder. Der alte Böse zieht sich genöhd in seine dunklen Wälder zurück. Habe Dank für das, was du mir in meine Gedanken mitteilt. — Mein Wert, Gott, merke nicht, erkenn sie mit fortbleibe. Denn wenn du ein Tausend Männer schwach werden, werden seine Frauen stark sein.“

## Vom Kampf im Baugewerbe.

### Die Zentralisierung des Bauarbeiterverbandes beabsichtigt.

Wisher sind Ausperrungen aus 120 Orten gemeldet. Es fehlten aber noch die Nachrichten aus dem Süden des Reiches, das Gesamtbild gestaltet sich wie folgt: In Hannover, Thüringen, Sachsen und Westfalen sind die Arbeiter ziemlich vollständig ausgeperrt; in Schleswig-Holstein nur zur Hälfte, in Pommern ein kleiner Teil und ebenso in der Provinz Brandenburg. Der Osten und die Provinz Schlesien sind bisher an der Ausperrung wenig beteiligt. Aus dem Süden und Westen gingen wenig Nachrichten ein, doch sind umfangreiche Ausperrungen sicher.

Folgende Eigenschaften werden gemeldet:

Danig, 19. April. Der westpreussische Arbeitgeber-Schutzverband, der 55 gewerbliche Arbeitgeberverbände und industrielle Einzelbetriebe umfaßt, beschloß heute unter Vorsitz des Geheimrats Schrey die fräftige Unterstützung der westpreussischen Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe. Wisher macht die Ausperrung keinen einheitlichen Eindruck.

Breslau, 19. April. Die Breslauer Arbeitgeber im Baugewerbe haben beschloßen, nichtorganisierten Arbeitern am Donnerstag eine Erklärung zur Unterschrift vorzulegen, in der sie sich verpflichten, bis zum Abschluß eines allgemeinen Tarifvertrages unter den bisherigen Arbeits- und Lohnverhältnissen weiterzuarbeiten, und versichern, daß sie keiner Arbeiterorganisation angehören. Die Arbeiter, die eine solche Erklärung unterzeichnen, sollen wieder eingestellt werden.

München, 19. April. Der Arbeitgeberverband im Baugewerbe gibt die Zahl der in München ausgeperrten Arbeiter auf 5500 an, ohne 1500 vor der Ausperrung arbeitslos gewesen. Demgegenüber stellt die Organisation der Maurer fest, daß vor der Ausperrung nicht ein einziger arbeitslos, sondern sogar bei Zurückstellung von nicht dringenden Arbeiten Mangel an Arbeitern gewesen sei. In Gau 10 der Gewerkschaften seien nach den nunmehr vorliegenden genauen Berichten von 12.528 Mitgliedern 4770 ausgeperrt. — Von München teilen die ausgeperrten Bauarbeiter fortgesetzt truppweise nach dem Auslande ab.

## Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände.

veröffentlicht, zusammen mit dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände, eine Erklärung, in der es heißt:

„Die beiden zentralen Unternehmerverbände der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände, welchem der im Kampfe lebende Deutsche Arbeitgeberverband das Baugewerbe als Mitglied angehört und die mit ihm die Artellverhältnis stehende Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände haben nach Geht ihre künftigen Artell-ausschüsse die gesamte Sachlage einer eingehenden Prüfung und Erörterung unterzogen. Die in den beiden Zentralen vereinigten Unternehmer von Industrie und Gewerbe erkennen bei aller Wahrung ihres berechtigten grundsätzlichen Standpunktes hinsichtlich der einzelnen Programmpunkte, insbesondere hinsichtlich der Tariffrage durchaus an, daß das Bestehen des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe berechtigt gewesen ist, und daß den immer weitergehenden Ansprüchen und Bestrebungen der Arbeiterorganisationen aus einmal der berechtigten Standpunkt des Arbeitgebers entgegengekehrt werden muß. Die im Kampfe befindlichen Arbeitgeber des Baugewerbes sind hiernach der tätträglichsten Unterstützung der übrigen organisierten Arbeitgeber von Industrie und Gewerbe sicher.“

## Sozialdemokraten als Kirchenvorsteher.

„Ueber die Frage, ob Sozialdemokraten in den Kirchenvorständen gehören, kam es in der Zeitungsrede von...

der in der zu gründlichen Auseinandersetzungen. Der  
Meininger Mitarbeiter der „Zeitung“ schreibt  
darüber:

Über die Qualifikation der Kirchenvorsteher wurde in  
der letzten Sitzung der Landesynode des Bezugsamtes Meiningen  
sehr eingehend verhandelt. Hierbei erklärte der kirchlich  
zur Disposition gestellte Meiningener Oberpfarrer Kirchenrat  
D. Graue: „Ein Kirchenvorsteher muß kirchlich gelehrt sein.  
Bei der Qualifikation der Kirchenvorsteher soll man aber nicht  
so sehr darauf achten, was sie gewesen sind, als darauf, was  
aus ihnen zu machen ist. Ich bin in Chemnitz, einer Hoch-  
burg der Sozialdemokratie groß geworden. In manchen Be-  
zügen gab es nur Sozialdemokraten, und bei kirchlichen Wah-  
len konnten nur Sozialdemokraten gewählt werden.  
Trotzdem haben die Wähler dort ganz gute Er-  
gebnisse gemacht. Viele von den Sozialdemokraten, die sich  
in den Kirchenvorständen hatten wählen lassen, stehen sich all-  
mählich in das kirchliche Interesse hineinzuweisen.“ Ein Teil  
der liberalen Orthodoxie hatte einen Antrag auf Qualifikation  
der Kirchenvorsteher eingebracht. Kommerzienrat Swaine,  
ein Mitbegründer des Deutschen Nationalvereins, sprach sich  
gegen die Beantragung eines zum Kirchenvorstand gewählten  
Gemeindeleiters aus. „Ich will nur bemerken“, so führte er  
aus, „daß in unseren Kirchenvorstand mehrere Sozial-  
demokraten gewählt worden sind, die bis jetzt noch nicht  
den geringsten Anstoß gegeben haben, ihre Wahl zu beanstan-  
den.“ Der Regierungsrat, Herr Regierungsrat Dr.  
Höfling, erwiderte: „Gerade in kirchlichen Dingen gibt es  
Konkretion.“ Hierzu bemerkte Oberpfarrer D. Graue:  
„Das unterschreibe ich. Es fragt sich bloß, sollen wir das Tote  
bestatten, oder das Lebendige? Konkretion ist ein rein  
formaler Begriff. Der Inhalt erst ist es, der ihm seine Art  
gibt.“ Synodaler Rat meinte: Es gibt unter den Sozial-  
demokraten recht kirchlich gesinnte Leute, die unchristlichen Ele-  
mente sitzen oft ganz wo anders und bedauerlicherweise meist  
in den gebildeten Ständen.“ Oberpfarrer D. Graue  
rief hier: „Bravo!“ Von der Forderung der Qualifikation  
der Kirchenvorsteher wurde hierauf abgesehen.

Unter der Voraussetzung, daß die in den Kirchenvorstand  
gewählten Sozialdemokraten wirklich kirchlich gesinnt sind,  
kann man sich den Standpunkt der kirchlich-liberalen Mit-  
glieder der Meiningener Landesynode gefallen lassen.

## Parteinachrichten.

L. C. Landtagsabg. Hoff ist als Reichstagskandidat  
für den Wahlkreis Thüringen-Steinburg (5. Schleswig-Holstein)  
aufgestellt worden. Der Kreis war früher im Wahl der Frei-  
wühler (von 1908-1909 Abg. Hoff), die im 1907 an die Natio-  
nalliberalen verloren. (Stimmenverhältnisse: 11 188 sozialdemo-  
kratisch, 10 108 nationalliberal, 8886 freiwühler.)

L. C. Der Kreisverband Kiel-Neumünster der fortschrittlichen  
Wahlpartei hat den südlichen Brandenburger Kreis zu er-  
neuern. Hoffte die Kandidatur für den 7. Schleswig-Holsteinischen  
Reichstagswahlkreis angeboten. Herr v. Hoffte hat die Kandi-  
datur angenommen. Die Wiedererlangung des Reiches Kiel-Neu-  
münster mit einer beliebigen und angenehmen Persönlichkeit ist  
für die fortschrittliche Wahlpartei durchaus möglich. 1907 legte  
Hoffte nur mit 33 008 Stimmen oder 51,2 Proz. der abgegebenen  
Stimmen. Der Kandidat der freiwühlerigen Vereinigung Steffler  
erhielt 30 513 Stimmen, außerdem wurden 563 Zentrumstimmen  
und einige versplitterte Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung  
betrug damals schon nicht weniger als 91,3 Proz. der Berechtigten.

Wache für Dörfle? Die Konventionen des Wahlkreises  
Torgau-Liebertowda haben, wie einige Blätter melden,  
beschlossen mit Rücksicht auf die jüngsten politischen Vorgänge zur  
nächsten Reichstagswahl dem nationalliberalen Vertreter einen  
konkurrenzfähigen Kandidaten entgegenzustellen.

Ein Waiseverwalter der Sozialdemokraten hat die Gü-  
terverwaltung genehmigt und nur die Bedingung gestellt,  
daß keine Kinder und keine roten Fahnen dabei sein  
sollen.

## Kleine politische Nachrichten.

Die Verurteilung zur Spernung des Reptorower Parkes  
wird ihre Entscheidung vor dem Oberverwaltungsgericht finden.  
Rechtsanwalt Heine mann hat als Vertreter des Herrn  
Gruhl gegen das gestern ergangene Urteil des Bezirksaus-  
schusses, durch das die Klage gegen den Polizeipräsidenten  
v. Jagow vollständig abgewiesen wurde, Berufung beim  
Oberverwaltungsgericht eingelegt.

## Deutsch-französische Grenzregulierung in Togo.

Die Vorarbeiten für die Festlegung der Grenzen des Schutz-  
gebietes Togo gegen französisch-Dahome sind zum Abschluß gelangt.

Der Leiter der deutschen Grenzermessungsabteilung, Hauptmann  
Friedr. v. Seefeldt, ist nach Deutschland zurückgekehrt. Über  
den Zeitpunkt der deutsch-französischen diplomatischen Verhand-  
lungen zum Zweck des endgültigen Abschlusses eines Grenz-  
abkommens ist augenblicklich eine Bestimmung noch nicht getroffen.  
Die achte außerordentliche Versammlung des Landesvereins Preu-  
sischer Volksschullehrerinnen

wird in den Pfingstferien d. J. vom 14.—18. Mai in Berlin tagen.  
Die Verhandlungen werden im Reichstagsgebäude stattfinden.  
Volksschullehrerinnen aus allen Provinzen sind bereits angemeldet.  
In den Hauptverhandlungen stehen folgende Gegenstände zur  
Beratung: 1. Nach welchen Grundsätzen ist die Volksschule umzu-  
gestalten? 2. Die verheiratete Lehrerin. (Referat und Re-  
sultat.) 3. Die gewerbliche Pflichtfortbildungsschule für Mäd-  
chen. 4. Jugendberufshilfe und Jugendfürsorgevereine. Auch  
wird eine Ausstellung für Arbeitsunterricht veranstaltet werden.  
Gleichzeitig finden die zweite Hauptversammlung der Wirtschaft-  
lichen Hilfsfeste des Landesvereins und die dritte Hauptversam-  
mlung des deutschen Vereins abinterner Lehrerinnen in Berlin  
(gleichfalls im Reichstagsgebäude) statt

## Heer und Flotte.

Ausreise nach Ostasien. Am 18. d. M. hat von Wilhelmshaven  
der Dampfer „Patricia“ mit der 1100 Kopf starken Besatzung  
für das Kreuzergeschwader die Ausreise nach Ostasien angetreten.

## Aus den Kolonien.

Südwestafrikanische Fragen. Unter Vorsitz des Staatssekretärs  
Denburg wurden gestern im Reichskolonialamt die in voriger  
Woche abgetretenen Verhandlungen zwischen dem Reichskolonial-  
amt und der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika fort-  
gesetzt. Die Konferenz, die am 10. Uhr vormittags begonnen hatte,  
wurde erst in nordgeräuschlicher Nachmittagsstunde beendet. Über das  
Ergebnis der Beratungen verlautet, daß, wenn nicht unvorher-  
gesehene Ereignisse eintreten, ein beide Parteien befriedigen-  
des Abkommen zu erwarten ist.

## Sof. und Personalnachrichten.

Kaiser Wilhelm landete dem österreichisch-ungarischen  
Wirtschaftsrat Grafen v. Szeggen-Maxich zur Verleihung  
des Grafentitels ein sehr herzliches Glückwunschtelegramm.

## Ausland.

### Verkauf eines französischen Maschinengewehres an einen deutschen (?) Agenten.

Die Pariser Morgenblätter bringen lange Berichte über  
die Tat des Korporals Deschamps, der ein Maschinengewehr  
aus der Kaserne des 106. Infanterie-Regiments ge-  
stohlen hat. Die Verhaftung des Diebes erfolgte auf Grund  
der Angaben des Artilleriefeldwebels Mannouille. Deschamps  
hatte sich an diesen gewandt, um ihn zur Teilnahme zu über-  
reden, hierbei offenbarte er ihm den Plan von dem Dieb-  
stahl. Mannouille befundete seine Zustimmung zu dem  
Plan; beide verabredeten alsdann ein Stillsitzen. Der  
Artilleriefeldwebel machte der Polizei sofort Mitteilung.

Deschamps verkaufte das gestohlene Ge-  
wehr für 50 000 Mark angeblich an einen  
Vertreter des deutschen Kriegsministe-  
riums. Darauf verurteilte er das Geld in lustiger Gesell-  
schaft und kehrte nach Paris zurück.

Der Untersuchungsrichter von Chalons hat eine strenge  
Unteruchung in der Angelegenheit eingeleitet.

### Eine Unterredung zwischen Vishou und Iszwolski

hat in Paris stattgefunden. Sie bezweckte angeblich  
in erster Linie die Stellung Frankreichs und Russlands in  
Persien. Es verlautet außerdem, daß der russische  
Minister des Aeußeren auch mit König Edward und  
Tittoni Unterredungen haben wird. Wiederum wird  
einmal von einer Veränderung im russischen diplomatischen  
Dienst, die auch Iszwolski betreffen soll, geredet. — Wir  
kommen in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Meldung in  
einem besonderen Artikel auf diese Meldungen zurück.

## Streifenkrawalle.

# Aus Brüssel wird gemeldet:  
Seit der Eröffnung eines neuen Warenhauses hat eine  
tätig an Heftigkeit zunehmende Agitation der Führer des  
Sindikats der Geschäftsgenossen fortgedauert, um das ver-  
reichte Personal des großen Warenhauses zum Streike zu zwin-  
gen. Da die gemeinsten weiblischen Angestellten sich der Agitation  
nicht angeschlossen, suchten die Leiter der Bewegung durch Demos-  
trationen vor dem Geschäftshause ihren Zweck zu erreichen. Die  
Straßentügelungen nahmen einen solchen Umfang an, daß  
das Warenhaus in den letzten Tagen vorzeitig geschlossen  
werden und das ganze Stadtviertel abgesperrt werden  
mußte. 47 Personen wurden verhaftet; von diesen werden 38 vor  
dem Strafgericht erscheinen müssen.

Auch gestern kam es wieder zu gewaltigen Menschenan-  
samlungen und Kundgebungen vor dem Warenhaus, so daß berüchte  
Gendarmen und Polizei angeboten werden mußte, um die Menge  
zu zersplittern. Die Menge zog alsdann zu einer Versammlung  
in das sozialdemokratische Vereinslokal.

## Ein bedenklicher Grenzzwischenfall.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Zu den Ereignissen des  
Kamars, wo ein Offizier eines französischen Postens an der  
Grenze des Subangebotes eine türkische Karawane an-  
griff und 120 Kameltreiber töten ließ, wird von einer dem  
Großwesten nachstehenden Seite erklärt, daß von Depu-  
tierte von Resan, Djami Bey, dem Großwesten ein dahingehendes  
Telegramm unterbreitete. Der Großwesten ließ folgende drasti-  
sche Erfindungen einziehen, doch liegt Kamars 14 Tage  
von Resan entfernt, so daß genaue Informationen nicht so  
schnell zu erhalten sein werden.

## Zur Lage in Albanien.

Die albanischen Kerkonen in der Türkei sind noch lange  
nicht beendet. Die Führer der Albanier sind hartnäckig für  
den Widerstand. Auch wird behauptet, daß politische Heber den  
Streit immer mehr anfeuern und infizieren. Auch vermutet man,  
daß die Mehrzahl der Albanier eigentlich gegen die Kerkonen  
brennen und zum Widerstand aufrufen. Die Anwesenden sollen  
sehr gewaltig und Mordlust verteilt haben. Nachrichten aus  
Westbosnien zufolge behaupten sogar die Albanesen überall ihre  
Positionen. Unter ihrem Führer, dem Albanesen Gheza  
Balkinjak marschieren sie gegen Vukitsina, wo die Türken-  
truppen sich konzentriert hatten. Gheza Balkinjak schlägt vor,  
nach der Unterwerfung des Aufstandes 30 Bataillone fähig in  
Albanien zu unterhalten. Das beste Mittel zur Wiederherstellung sei,  
jeden zehnten Albanesen niederzuschlagen und die  
Hauptlinge aufzuheben.

Aus Saloniki wird weiter gemeldet: Bei der Ankunft der  
bürgerlichen Truppen in Albanien mieden sich mehrere Anrufer  
unter die Soldaten und forderten sie auf, nicht gegen die mo-  
hammedanischen Brüder zu kämpfen, die nur für die Bestimmungen  
der heiligen Gesetze eintreten. Die Soldaten wiesen jedoch die  
Agitatoren zurück, die sofort verhaftet wurden.

Belgrad, 20. April. Schestef Pascha hat energische Maß-  
nahmen gegen die Albanesen getroffen und je ein Regiment nach  
Prizrend und Platonjwa entsandt. Die Albanesen haben die Maß-  
nahmen nicht niedergelegt, mehrere Kämpfe stehen bevor.

## Krisis in Portugal.

Aus Lissabon wird gedruckt: Das Unterhaus war gestern  
der Schauplatz wüster Szenen. Die augenblickliche  
Situation ist so kritisch, daß entweder die Auflösung der  
Kammer oder eine Ministerkrise unmittelbar vor der  
Tür steht. Im ersten Falle dürften ernste Verwicklungen  
unausbleiblich sein.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg;  
für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und  
Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nach-  
richten, Vermischtes und Sport: Erich Volkow; für das  
Feuilleton: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil:  
Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel,  
Eilmühl in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

Bestbewährte gesunde und magen-darmkränke Kufeke Nahrung für schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

## Geschäftshaus

# J. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

## Garnierte Damenhüte.

Matelot, Splittgeflecht mit Schrittbund	95 Pf.	Backfischhut, Splittgeflecht mit Seide u. Fransen garniert	4 75 M.
Grosse Glockenform, engl. Geflecht m. farb. Samtband garn.	50 M.	Kapeline mit Blumenranke u. Bandschleifen garniert	8 75 M.
Matrosenform, Fantasiegeflecht m. Samt, Moire u. Agraffen garn.	35 M.	Toque aus Borten genäht, mit Blumen und Federn garniert	12 00 M.
Toque-Form aus Strohborten genäht, mit Strohborten u. Rosetten in allen Farben	75 M.	Rembrandt aus Strohborten genäht mit Blumen, Laub u. Band hochschielig garniert	16 50 M.

